

Inserate

werden angenommen
in Posen bei der Expedition
der Zeitung, Wilhelmstr. 17,
Herr M. Hirsch, Hofflieferant,
Dr. Gerber u. Breitestr.-Ede,
Herr Lichten, in Firma
J. Lichten, Wilhelmplatz 8.

Verantwortlicher Redakteur:

J. Hirsch
in Posen.

Inserate
werden angenommen
in den Städten der Provinz
Posen bei unseren
Agenturen, ferner bei den
Annonsen-Expeditionen
Kad. Poste, Haasenstein & Vogler A. &
G. L. Daube & Co., Invalidenamt.

Verantwortlich für den
Inseratentheil:
J. Klugkist
in Posen.

Posener Zeitung

Hundertster Jahrgang.

Nr. 289

Die "Posener Zeitung" erscheint wochentlich drei Mal,
an Sonn- und Feiertage folgenden Tagen jedoch nur zweimal.
an Sonn- und Feiertag ein Mal. Das Abonnement beträgt vierthalb
Jahre 4,50 M. für die Stadt Posen, 5,45 M. für
 ganz Deutschland. Bestellungen nehmen alle Ausgabekassen
 der Zeitung sowie alle Postämter des deutschen Reiches an.

Mittwoch, 26. April.

Inserate, die schlagendste Zeitung über deren Raum
in der Morgenauflage 20 Pf. auf der letzten Seite
80 Pf., in der Mittagauflage 25 Pf., an bevorzugter
Stelle entsprechend höher, werden in der Erhebung für die
Mittagauflage bis 8 Uhr Vormittags, für die
Morgenauflage bis 5 Uhr Nachm. angenommen

1893

Deutscher Reichstag.

82. Sitzung vom 25. April, 1¹/₂ Uhr.

(Nachdruck nur nach Nebereinkommen gestattet.)

Eingegangen ist ein Nachtragsetat für 1893/94.

Erster Gegenstand der Tagesordnung ist die Verathung des schleunigen Antrages Ahlwardt auf Niedereizung einer Kommission von 21 Mitgliedern, welche zu prüfen hat, ob und inwieweit der Inhalt der vom Abg. Ahlwardt dem Reichstag übergebenen Akten die durch den genannten Abgeordneten in den Sitzungen des Reichstags vom 18. und 21. März d. J. gegen frühere und jetzige Mitglieder des Reichstags und des Bundesraths erhobenen Anschuldigungen rechtfertigt.

Präsident v. Leverkow: Der Herr Abgeordnete Ahlwardt wird wohl selbst einsehen, daß eine materielle Diskussion über den Inhalt der vorgelegten Aktenstücke heute nicht möglich ist. Ich möchte ihn deshalb bitten, sich darauf zu beschränken, was er durch die Aktenstücke beweisen will.

Abg. Richter (zur Geschäftsordnung) bittet, Ahlwardt nicht zu befrachten, sondern den Antrag geschäftsordnungsmäßig so zu behandeln, wie die erste Lesung einer Regierungsvorlage, damit ihm gleich geantwortet werden könne. Eine Beschränkung würde vielleicht einen falschen Eindruck nach außen machen. (Zustimmung.)

Der Präsident will nur den Wunsch ausgesprochen haben, die Verathung der Angelegenheit nicht übermäßig zu verlängern.

Abg. Ahlwardt schildert zunächst die Schwierigkeiten, die er bei der Einbringung seines Antrages gehabt habe, und behauptet, z. B. durch den Beschluss des Seniorenbundes vergewaltigt zu sein, da er ausdrücklich erklärt habe, die Akten nicht alle zur Stelle zu haben. Er beantragt jetzt die Niedereizung einer besonderen Kommission, weil im Seniorenbund auch Herr Richter sitze, der sich nicht entblödet habe, in seiner Zeitung die Lüge zu verbreiten, der Präsident wolle mit ihm, Ahlwardt, nur noch in Gegenwart von zwei Schriftführern verhandeln. (Der Präsident ruft den Redner zur Ordnung, weil er einen Abgeordneten der Lüge beschuldigt, Beifall.) Er sei außerdem gegen den Seniorenbund, weil in demselben auch ein Herr sitze, den sein Altenmaterial belaste. (Unruhe.) Mit meinem Altenmaterial — fährt Redner fort — will ich beweisen, daß der Großkapitalismus, hauptsächlich vertreten durch die Herren von Bleichröder und Hansemann unter Beistand des damaligen Direktors der Diskonto-Gesellschaft, Dr. Miquel, unser Volk um Hunderte von Millionen gebracht hat. (Gelächter.) Zunächst möchte ich mitteilen, wie ich in den Besitz der Akten gekommen. Ich habe dieselben von einem Herrn Meissner erhalten, der bei der Diskonto-Gesellschaft früher bedient hat und der sie zum Theil aus zerrissenen Briefen aus dem Papierkorb und aus Kopien zusammengestellt hat. Herr Meissner wollte sich dafür rächen, daß seine Tochter durch Hansemann, Bleichröder und Prinz Reichenheim geschändet worden sei. (Gelächter.) Zur Sache selbst muß ich Bezug nehmen auf den Prozeß, der s. B. gegen den Redakteur Joachim Gehlsen anhängig gemacht worden ist und der mit der unschuldigen Verurtheilung des Angeklagten endete, weil er die Akten nicht hatte. In diesem Prozeß hat Herr Finanzminister Miquel befunden, daß er nichts davon gewußt, daß die Reichskasse und die Seehandlung eine fünf Millionen-Anleihe für die rumänische Eisenbahn-Altiengesellschaft hergegeben habe. Er hat erklärt: Ich selbst habe von dieser ganzen Darlehenssache überhaupt gar nichts gewußt, ich war zu jener Zeit in Thale und habe von der Existenz des Darlehens erst Kenntnis erhalten, als hierüber im Aufsichtsrath referirt wurde; erst da habe ich erfahren, daß die Seehandlung das Geld gegen Bürgschaft abgetragen hat. Wenn behauptet wird, die Gesellschaft habe 14% Prozent an uns gezahlt, so kann ich selbst aus eigener Wissenschaft nichts sagen; nach den mir gewordenen Mitteilungen aber ist es völlig unrichtig; denn es sind im Gesamtbetragte 4 Proz. Zinsen gezahlt und die Bürger haben 1% Prozent pro Quartal Bürgschaftsprovision erhalten." Auf das Vorhalten, daß sowohl die Diskontogesellschaft wie auch Bleichröder an die Gesellschaft direkt Vorschüsse zu weit höherem Zinsfuß hergegeben, deponierte Zeuge: "Es ist zweit ein kleiner Vorschuß auf kurze Zeit gegeben, zu welchem Zinsfuß, weiß ich nicht." — Demgegenüber habe ich von Herrn Miquel gezeichnete Briefe, aus denen hervorgeht, daß die Diskonto-Gesellschaft influstral der Provost, die stets voll ausgezahlt wurde, 12 bis 35 Proz. Zinsen von der rumänischen Eisenbahn-Alten-Gesellschaft genommen hat. Die Summe bestieß sich nach Ausweis der Semestralbilanz pro 1. Juli bis 31. Dezember 1872 auf 10 Millionen Mark die 5 Jahre hintereinander zu ähnlichen Bedingungen prolongirt wurde. Da auch noch zwei andere Bankhäuser Bleichröder und Sal. Oppenheim, ähnliche Geschäfte mit der in Rede stehenden Eisenbahn-Gesellschaft machten, so verloren die deutschen Aktionäre zum Theil in Folge dieser schlimmen Auswüchse circa 70 Millionen Mark. Weiter führt Redner aus, daß aus der Reichs-Hauptkasse drei Millionen und von der Seehandlung der rumänischen Eisenbahn-Gesellschaft 6 Millionen gestehen werden seien. Aus welchen Fonds seien diese neun Millionen geflossen? Er werde beweisen, daß die als Unterpfand gegebenen Stammprioritäten damals bereits entwertet gewesen seien. Er werde beweisen, daß die Diskontogesellschaft und Herr v. Bleichröder mit diesem Gelde des deutschen Reiches der rumänischen Eisenbahn-Gesellschaft gegenüber Wucher getrieben hätten, infosfern sie für dieses Geld in drei Jahren 1 200 000 Mark Provost bezogen hätten. Weiter werde er beweisen, daß aus dem Reichsinvaliden-, Festungsbau- und Reichstagsbaufonds 302 Mill. in ungarischen Obligationen der Braunschweigischen Bahnen und der Hannover-Altenbekener Bahn angelegt worden seien, welch letztere Bahn eine Gründung des Herrn v. Bennigsen gewesen sei. Damals sei die Presse bestochen worden, namentlich in der rumänischen Angelegenheit. Er werde in der Kommission dafür Beweise beibringen. Zu den Leuten, die in den Generalversammlungen der rumänischen Eisenbahn-Gesellschaft Stimmung gemacht hätten, gehörten nach seinen Akten auch die Herren Mundel und Horwitz. (Große Unruhe.) Redner versichert schließlich, daß er weit entfernt sei,emand persönlich anzugreifen (Gelächter). Verleumdung liege ihm vollständig fern. (Gelächter. Auf links:

Sie sind ein Verleumder.) Er wolle nur die Produktivstände von dem Vampyr, der dem Lande das Blut aussauge, befreien. (Große Unruhe und Zurufe.) Ihre Zurufe tönen mich nicht, Herr Richter. Ich verstehe dieselben, beziehen Sie doch für Ihren Direktorposten bei der Judenschutztruppe 12 000 M. (Lärm, Gelächter, Zurufe.) Der Herr Abg. Richter soll nach den Berichten der Zeitungen diese Summe bezahlen. (Lärm, Gelächter, Abg. Richter ruft: Sie sind ein Lügner, ein Verleumder! Glocke des Präsidenten, große Unruhe. Ich habe mich zu meinem Vorgehen für verpflichtet gehalten und werde der Kommission mein gesammtes Material vorlegen und bitte nur noch, Herrn Bildenbach in die Kommission zu wählen. (Gelächter, andauernde Unruhe.)

Finanzminister Dr. Miquel: Herr Ahlwardt darf versichern sein, daß ich ihm nicht antworten würde, da er aber die Ehre hat, Vertreter der deutschen Nation zu sein (Rufe links: Leider!), und im deutschen Reichstage unerhörte Unwahrheiten und Lügen vorgetragen hat (Lebhafte Zustimmung), so halte ich mich für verpflichtet, nicht in meinem Interesse, sondern im Interesse der öffentlichen Moral und der Erhaltung des Vertrauens der Staatsbürger etwas eingehender auf die erhobenen Beschuldigungen zu erwirken. Der Herr Abgeordnete sagt: ich will nur das Gute, ich stehe hier für meine Behauptungen. Nun gut, ich lade ihn ein, diese seine Behauptungen außerhalb des Reichstags zu wiederholen. (Hört! hört! Sehr gut!) Sollte er es thun, so würde er wohl bald Herrn Joachim Gehlsen nachholen und ich würde abwarten, ob dieser grobe Cato den Mut hat, dasselbe, was er hier unter der parlamentarischen Redefreiheit vorgebracht und was draußen zu wiederholen Sache persönlicher Ehre wäre, auch wirklich wieder vorbringen wird. Der Minister geht dann zunächst auf die von dem Abg. Ahlwardt erwähnte rumänische Eisenbahnaktiengesellschaft ein, schildert deren Gründung und die großen Schwierigkeiten, in welche der Eisenbahnbau gerathen, ferner wie die 7% prozentigen Obligationen mit 63 Millionen Thalern mit Rücksicht auf den hohen Zinsfuß hauptsächlich in die Hände kleiner deutscher Leute auf dem Lande gelangt seien, und wie diese Leute in Gefahr geschwungen hätten, ihr ganzes Geld zu verlieren. Nur mit Widerstreben hätten sich die von Ahlwardt genannten Bankhäuser bereit gefunden lassen, Vorschüsse zu leisten und in Verhandlungen mit dem rumänischen Staat einzutreten. Alles, was der Abg. Ahlwardt heute vorgebracht, sei in dem Prozeß Gehlsen als Verleumdung und Lüge dargestellt worden. Er sei, als der Diskontogesellschaft das Darlehen gegeben worden, gar nicht mehr Direktor derselben gewesen, ja er habe sich damals nicht einmal in Berlin aufgehalten. Herr Ahlwardt müsse doch die Akten aus dem Prozeß Gehlsen ganz genau kennen, und da entstehe allerdings die Frage: wo bleibt die bona fides eines Mannes, der diese Akten genau kennt? (Allseitige Zustimmung.) Herr Ahlwardt hat dann noch dunkle Andeutungen gemacht, als ob ich in dem Prozeß Gehlsen nicht richtig ausgesagt hätte. Wir werden ja in der Kommission sehen, was für Beweise er dafür haben will. Es ist seiner Zeit gegen mein Wissen und gegen meinen Willen über diesen Prozeß ein stenographischer Bericht aufgenommen worden. Schon aus diesem wird sich die Ungeheuerlichkeit der Ahlwardtschen Beschuldigungen ergeben. Ich kann nur wiederholen, das Kapital der deutschen Aktionäre bei den rumänischen Eisenbahnen wäre restungslos verloren gewesen, wenn nicht von den betreffenden Bankhäusern helfend eingegriffen worden wäre. Niemals ist in glänzender Weise das deutsche Kapital nicht bloß gerettet, sondern auch mit bedeutendem Gewinn bedacht worden. Wie man nun das Verfahren des Herrn Ahlwardt charakterisiren muß, überlässe ich der Beurtheilung des Hauses. (Sehr richtig.) Herr Ahlwardt ist aber noch weiter gegangen. Er hat erklärt, ich hätte mich als Aktionär bei der rumänischen Eisenbahn mit 100 000 Thalern bestellt. Wenn ich 100 000 Thaler gezeichnet habe, so ist es nicht für mich, sondern für Andere geschehen. Ich hätte eben zwanzig Millionen zeichnen können; für meine Person ist mir nicht im Traum eingefallen. Dann hat der Abgeordnete die Braunschweigischen Eisenbahnen und die Eisenbahn Hannover-Altenbekener erwähnt und behauptet, daß der Reichsinvalidenfonds durch den Anlauf von Obligationen dieser Bahnen geschädigt worden sei. Ich bin jeder Zeit bereit, für alles das die Verantwortung zu übernehmen, was damals seitens der Diskontogesellschaft unter meiner Direktion geschehen ist, und ich wünsche nichts mehr, als daß mir der Abg. Ahlwardt Gelegenheit giebt, meiner Verantwortlichkeit volle Rechnung zu tragen. Herr Ahlwardt hat uns als seinem Helfershelfer einen Herrn Meissner angeführt. Derselbe war bis zum Jahre 1882 nicht in der Diskontogesellschaft, sondern in der rumänischen Eisenbahnaktiengesellschaft. Es wirkt doch schon ein recht eigenartiges Licht auf diesen Mann, daß er von Anfang an Schriftstücke, die er bei der Durchwühlung des Papierkorbes gefunden, zusammengelebt und sich auf spätere Entdeckungen vorbereitet hat. Die Akten aber, die Ahlwardt angeblich im Original besitzen will, kann der Mann nur gestohlen haben. Er hat sie vielleicht zehn Jahre bei sich behalten, um abzuwarten, bis die Diebstahlsvorwürfe eintritt. (Große Heiterkeit.) Der Mann war, nachdem er verschiedene Prozesse, u. A. auch einen Scheidungsprozeß mit seiner Frau geführt, später Restaurateur, ging dann nach Kopenhagen, dann nach Stockholm, wo er sich in einer Nervenheilanstalt befunden haben soll, und kam dann wieder zurück. Mir liegt ein Brief dieses Mannes vor, der so unflätig und bodenlos verlogen ist, daß ich mir den Dank der Versammlung zu verdienne glaube, wenn ich ihn hier nicht verlese. (Allseitige Zustimmung.) Es deutet in dem Brief an, daß er nunmehr zum Revolver greifen müsse. Diese Leute sind gefährlich, und Herr Ahlwardt wird es noch bedauern, sich mit diesem Manne eingelassen zu haben. Das wir uns aber im deutschen Reichstage mit solchen Leuten beschäftigen müssen, darüber ergreift einen nachgerade ein moralischer Ekel. (Stürmische Zustimmung.) Vielleicht wäre es gerathen, zu erwägen, wie man sich gegen diese Dinge schützen kann. (Zustimmung.) Bei den vorgebrachten Verleumdungen und Lügen befindet sich mich übrigens in großer Sorge, ich überlasse es dem Hause, zu urtheilen, inwiefern der Abg. Ahlwardt nur ein Plagiator oder eigner Erfinder ist. (Lebhafte Beifall.)

Staatssekretär Frhr. v. Malzahn: Der Abg. Ahlwardt hat

heute gesagt, daß er die Behauptung, es hätten hinter den Couffis Verhandlungen bei Gründung des Invalidenfonds stattgefunden, nicht gethan habe. Das widerspricht den Thatjahren. Er hat in der Sitzung vom 18. März von Verhandlungen mit Börsenjuden hinter den Couffis gesprochen. Wenn er es heute abneigt, so nimmt er es wohl zurück. (Abg. Ahlwardt: Das ist gar nicht wahr!) Ich habe neben Herrn Ahlwardt gesessen und verweile auf den stenographischen Bericht. (Lebhafte Zustimmung.) Daß die übrigen Behauptungen des Herrn unrichtig sind, werden die Verhandlungen in der Kommission zeigen. Was die Hannover-Altenbekener Anleihe angeht, so ist es richtig, daß der Invalidenfonds Hannover-Altenbekener Prioritäten gehabt hat, wie auch eine Reihe anderer. Sie sind aber beschafft worden nicht von der Verwaltung des Invalidenfonds sondern von dem Reichskanzleramt. Diese Angelegenheit ist 1875 aufs Eingehendste erörtert worden, und es ist dabei die völige Rechtfertigung des Verfahrens des Reichskanzleramtes erfolgt. Staatliche Anleihen existirten damals nicht, man mußte eben gute Eisenbahn-Anleihen nehmen. Herr Abg. Ahlwardt wird unter allen Umständen beweisfällig bleiben, wenn er behauptet, als wenn in der Verwaltung des Reiches nicht ehrlich und anständig verfahren worden ist. (Lebhafte Bravos.)

Finanzminister Dr. Miquel kommt nochmals auf Herrn Meissner zurück. 1891, genau zu derselben Zeit, wo dieser erklärte, er könnte sich kaum noch vor dem Revolvergewebe schützen, ist auf der Diskonto-Bank ein gewisser Grünwald, ein berüchtigter Revolverjournalist, erschienen, um die Akten zu offeriren. Er bezeichnete die Schriftstücke, die von besonderem Interesse für die Diskonto-Gesellschaft sein sollten. Man sah die Sache durch und wies ihn ab. Auf die Frage, wo die Akten seien, erklärte er: die hat mein Freund Meissner. Ich will hoffen daß, wenn wir die Akten demnächst durchsehen, und sich kleine Notizen und Papierstreifen darin befinden, diese nicht in der Zwischenzeit durch eine Vermehrung wertvoller gemacht sind. (Heiterkeit.) Wenn Ahlwardt heute sagt, er habe gar nicht behaupten wollen, daß der Invalidenfonds um 100 Millionen betrogen sei, so wird die gleiche Behauptung doch von seinen Freunden in Volksversammlungen aufgestellt. Da werden die Minister Delbrück und Camphausen als die Handlanger der jüdischen Nebenregierung hingestellt, deren Chef ich sein soll. Für jene Männer, die diese Behauptung aufstellen, ist nach meiner Überzeugung der Antisemitismus nur eine Fahne, ein Vorwand. Sie vertreten keine Partei, aber wenn sie die Absicht haben, Jecken anzugreifen, dann suchen sie ihn willkürlich zu einem Juden zu stampfen. So ist eine ganze Menge preußischer Minister schon für Juden erklärt worden. Was mich persönlich betrifft, so deklarierte man anfangs leise, er stammt von portugiesischen Juden ab. Dann gings weiter: er ist ein Jude; dann noch weiter: er steht an der Spitze der jüdischen Nebenregierung; und endlich: er ist Agent der Alliance Israelite. (Heiterkeit.) Obwohl ich selbst trotz eifriger Bemühungen meine Vorfaulen nur bis zum Ende des 16. Jahrhunderts habe archivisch ergründen können, haben jene Herren die Studien bis ins 13. Jahrhundert erstreckt. (Heiterkeit.) Meiner Meinung nach handelt es sich da nur um Personen, nicht um Auffassungen.

Abg. Dr. v. Bennigsen (nl.): Ich würde kein großes Bedürfnis empfinden, Herrn Ahlwardt persönlich zu antworten. Aus Achtung vor diesem Hause aber halte ich mich für verpflichtet, jene Bemerkungen, die mich zu verdächtigen geeignet sind, nicht unverstanden zu lassen. Er hat behauptet, eine Summe von 24 Mill. sei an den Aufsichtsrath der Hannover-Altenbekener Bahn gezahlt worden, einerlei von wem; er wisse nicht, ob ich und wie viel ich davon erhalten hätte. Das ist eben die Art, wie man jemanden zu verdächtigen sucht, gegen den man bestimmt nicht vorbringen, geschweige nachweisen kann. Ich werde mich dem gegenüber begnügen, hier öffentlich und bestimmt zu versichern, daß ich zu keiner Zeit, in keiner Form oder Gestalt den geringsten sogenannten Gründervorteil, oder wie Sie es benennen wollen, aus meiner Stellung im Komitee und Verwaltungsrath der Hannover-Altenbekener Bahn gezogen habe. Und diejenigen, die mich persönlich kennen, oder Sie Alle, die mein öffentliches Leben verfolgt haben, werden dieser meinen bestimmten Sicherung gegenüber der allgemeinen Verdächtigung des Abg. Ahlwardt keinen Glauben schenken. (Lebhafte Beifall.)

Abg. Richter (dfr.): bestreitet entschieden, daß Ahlwardt durch den Seniorenbund vergewaltigt worden sei. Ahlwardt meinte, es komme doch sonst nicht vor, daß man gleich die Akten verlangt, wenn ein Abgeordneter eine Behauptung aufstelle, die sich auf mich und Lasker bezogen. Ich habe mich dem Fürsten Bismarck gegenüber stets auf öffentliche Vorgänge bezogen, und was Lasker betrifft, so hat Ahlwardt von den Vorgängen auch nicht die klasseste Abneigung, sonst müßte er wissen, daß Lasker sich bei seinen Gründerentnahmen bezog auf Abschriften der für Ledermann zugänglichen Handelsregister. Herr Ahlwardt hat in der Art, wie er nebenher zu verdächtigen steht, gesprochen von einer Sitzung des Seniorenbundes am ersten Tage nach den Osterferien, zu der Miquel in Beziehung gestanden haben soll. Herr Miquel war weder anwesend, noch hat es sich um Dinge gehandelt, die für ihn irgend welches Interesse hatten. Er hat dann Bezug genommen auf Neubücherungen der "Frei. Ztg." von dem Präsidenten über Ahlwardt. Ich kann darauf nicht zurückkommen, weil da schon ein Ordnungsruß ergangen ist und weil ich es auch für unzulässig halte, Privataufzeichnungen des Präsidenten, mögen sie so oder so lauten, im Plenum zur Diskussion zu stellen. Ahlwardt hat heute das nicht verlesen, was er zu beweisen hatte und wovon wir überhaupt aus gegangen sind. Er erhob hier die Anschuldigung, daß durch Verhandlungen hinter den Couffis die Regierung von den Börsenjuden beeinflussen lassen, die Fonds knapper zu bemessen als richtig gewesen wären. Heute stellt er die Sache so dar, als ob er nur gesagt habe, welche Verhandlungen hinter den Couffis kommen ja bei jeder Vorlage vor. Wenn ein Mann der Wahrheit zuwider so aus dem stenographischen Bericht zitiert, wie muß er dann erst mit der Wahrheit umgehen bei Behauptungen, die nicht sofort durch stenographischen Bericht kontrolliert werden können. (Sehr wahr!) Ahlwardt vermag auch nicht den Schatten eines Beweises dafür zu erbringen, daß Ver-

handlungen hinter den Coulissen mit reichen Börsen-Juden stattgefunden haben. Ahlwardt hat es nicht einmal der Mühe für wert gehalten, die Ledem zugänglichen parlamentarischen Akten einzusehen, sonst könnte er sich nicht derartig Schlag auf Schlag mit der Wahrheit in Widerspruch setzen. Es ist schon längst in der Enquetekommission erwiesen worden, daß die Behauptung, die Akten der Altenbedener Bahn seien für den Invalidenfonds erworben, ehe noch ein Systenstück gethan war, unrichtig ist. Als der Invalidenfonds gegründet wurde, war die Bahn schon in vollem Bau begriffen. Die Prioritäten dieser Bahn sind nach dem großen Krieg wie alle anderen Papiere zurückgegangen. Sie sind nachher aber bis nahezu an pari gestiegen. Die Verkaufsstellung hatte mit dem Invalidenfonds gar nichts zu thun, denn damals hätten die Akten ohne allen Verlust verkauft werden können. Wenn die Akten der Altenbedener Bahn wirklich so wertlos gewesen wären, dann hätten sich doch die reichen Börsenjuden ein großes Verdienst erworben, indem sie die Regierung verhinderten, noch mehr solcher wertlosen Papiere zu kaufen. (Hinterkeit.) Um zu wissen, daß bei den Gründungen das Volk viele Millionen verloren habe, brauchten wir gar nicht erst Herrn Ahlwardt. Bei dem, was Ahlwardt heute vorbringt, dem Verhältnis der rumänischen Eisenbahngesellschaft zur Diskonto-Gesellschaft, handele es sich nur um das Verhältnis von Privaten zu Privaten, auf das die Regierung gar keine Einwirkung hatte. Ob die Diskonto-Gesellschaft für ihre rettende Hand von der rumänischen Gesellschaft ein paar Prozente zu viel genommen hat, dafür ist nicht das allermindeste öffentliche Interesse vorhanden. (Sehr richtig!) Was das Staats-Darlehen an die rumänische Eisenbahngesellschaft angeht, so ist es nicht vom Welfensfonds sondern aus den Beständen der Staatskasse gegeben worden zu einer Zeit, wo die französischen Kriegskontributionen große überflüssige Bestände geliefert hatten, die nicht gleich belegt werden konnten. Dieses Anlehen ist gegeben gegen den üblichen Diskont und gegen besondere Bürgschaft der Diskonto-Gesellschaft und der Firma Bleichröder. Ich finde daran nicht das kleinste auszuweisen. Alles, was Ahlwardt heute etwa Neues vorgebracht hat, habe ich schon diesen Morgen gelesen: für 20 Pg. Entree hat Herr Ahlwardt nämlich seine Rede gestern Abend schon gehalten. (Große Hinterkeit.) Er hat da gesagt, nach der Einladung erst habe er erfahren, daß seine Sache vorkommt. Er müsse sich deshalb seine besten Beweise für heute vorbehalten, unentgeltlich allerdings. Ich konstatiere aber auf Grund eines stenographischen Berichts, daß er gar nichts vorgebracht hat als was er gestern schon ausführte. Wir sind der Meinung, daß im Grunde Alles, was er vorbringt, gar nicht wert ist, im Reichstage behandelt zu werden. (Sehr richtig!) Als ich aber vorher darauf drang, die Sache nicht nur formell sondern auch materiell zu besprechen, war ich der Meinung: sofort müssen wir diesen Mann vor der größten Öffentlichkeit in seiner ganzen Nichtigkeit hinstellen. Nach dem bisherigen Gange schon hat sich ergeben, daß er hier genau so steht, als am Schlüsse der Prozesse gegen die Stadt Berlin und Löwe. Ich fasse die Aufgabe der Kommission nur dahin auf, daß sie sich überzeugt, ob wirklich in den Akten nichts weiter steht als was Ahlwardt heute vorgebracht hat und dann ein Urteil darnach zu formulieren über das ganze Vorgehen und die ganze Persönlichkeit Ahlwardts. Wir verwahren uns aber, daß der Vorgang ein Präjudiz hilde für die Zukunft. Vor einem möchte ich die Kommission warnen: sich nicht diskretisch behandeln zu lassen. Ahlwardt hat uns nun schon 10 Tage hingehalten, bevor er seine Akten vorgelegt hat. Und dabei ist Herr Ahlwardt so unvorsichtig gewesen, gestern Abend zu erklären, er habe die allerwichtigsten Schriftstücke noch zurückgehalten. (Hinterkeit.) Er hat sich also die Thür wieder aufgemacht. Wenn ihm nachgewiesen wird, daß Alles unrichtig ist, dann wiederholt sich dasselbe Spiel wie in dem letzten Prozeß. Die Kommission hat die Aufgabe, ein für alle Mal in kürzester Zeit diesen Menschen für den Reichstag und die Öffentlichkeit abzuhauen und dem moralischen Ekel Ausdruck zu geben, in dem das Haus und die verbündeten Regierungen zusammentreffen. (Lebhafte Beifall links.)

Abg. Rickert (dfr.) kann sich des Gefühls der tiefsten Scham nicht erwehren, daß der Reichstag nun schon den dritten Tag sich mit solchen Sachen und einem solchen Menschen abgeben müsse. Jedenfalls dürfe man keine Präjudiz schaffen. In welche Zustände würden wir gerathen, wenn jeder hier Anschuldigungen stellen und dann parlamentarische Untersuchung erlangen könnte. Wenn aber die Kommission sich mit der Sache befassen sollte, müsse die Voraussetzung erfüllt sein, daß Ahlwardt sämtliche Akten, die er besitzt, dem Präsidenten sofort überreiche. Den Freund des Herrn Ahlwardt, Meißner, hier zu charakterisieren, sei nicht möglich, denn es sei nicht angängig, hier die unsläglichen Dinge wiederzugeben, die sein Schreiben enthalte. Die Behauptung Ahlwardts, daß er (Redner) sich mit 12'000 M. jährlich als Führer der Judentruppe habe anwerben lassen, erkläre er für eine infame, gewissenlose Lüge und Verleumdung. (Präf. v. Lebeckow meint, eins sei genug! Hinterkeit.) Wenn Jemand sich erschreckt. (Präf. von Lebeckow bemerkt, daß die Sache jetzt wohl erledigt sei.) Ein Mensch wie Ahlwardt habe freilich kein Gefühl dafür, daß man für eine Überzeugung eintreten könne, ohne gekauft zu sein. Für die verfolgten Juden einzutreten, entspreche seinem Gewissen, seiner Ehre und seiner Überzeugung. Er sei überzeugt, daß die gewissenlose Chrabeschneider hier niemals eine dauernde Stelle finden werde. (Lebhafte Beifall links.)

Abg. Dr. Meyer (dfr.) wendet sich gegen die Behauptung, daß er und Mündel in Generalversammlungen der rumänischen Eisenbahngesellschaft als Strohmänner Stimmung gemacht hätten. Er sei nie in einer solchen Versammlung gewesen. Ahlwardt stütze sich — ein Beweis seiner Unverlässigkeit — auf einen Brief von 1881, also aus einer Zeit, wo jene Gesellschaft gar nicht mehr bestanden habe, in der ihm in einem Prozeß zwischen dem Bankhaus Landau und der Diskontogesellschaft eine Nachricht gegeben sei. Was Ahlwardt angehe, so habe er bereits in einem Prozeß wegen bedenklicher Geldoperationen Ahlwardts den Gerichtshof auf folgendes aufmerksam gemacht: Als gegen Ahlwardt wegen der einmütigen Beschuldigungen seiner Kollegen, die Wehrmachtkommunen für sich verbraucht zu haben, gegen Ahlwardt disziplinarisch eingehritten wurde, habe dieser an die städtische Schuldeputation geschrieben: er fühle sich leise, in seiner Rasse sei ein nicht zu belettender Polyp vorhanden, der in gewöhnlichen Zeiten nicht zu merken sei, aber bei Entzündungen, die oft eintreten, ihm jedes klare Denken unmöglich mache. Er bitte deshalb um sofortige Pensionierung. (Große Hinterkeit.) Auch dem Provinzial-Schul-Kollegium habe Ahlwardt das Zeugnis eines Physikus vorgelegt, wonach er an Verstopfung in der Rasse und Blutandrang leide, der ihn zeitweise zum klaren Denken unfähig mache. Er verstehe nur nicht, warum diese zeitliche Einschränkung gemacht sei.

Abg. Ahlwardt bemerkte, daß er mit Meißner etwa nur fünf Mal gesprochen habe. Wenn dieser ein Mensch sei, mit dem man nicht umgehen dürfe, dann um so schlimmer für Herrn Miguel, der Jahre lang mit ihm zu thun gehabt. (Hinterkeit.) Ob Meißner die einzelnen Aktenstücke gestohlen habe, habe für ihn kein Interesse. (Hört, hört!) Für mich war die Hauptfrage, daß mir ein Material vorlag, aus dem ich erseh, daß hier ein Eingreifen notwendig war. (Große Hinterkeit.) Wenn Meißner schreibe, er sei so verzweifelt, daß er zum Revolver greifen möchte, so hoffe daß doch unzweckmäßig, daß er sich das Leben nehmen wolle. (Große Hinterkeit!) Sein (Redners) einziger Zweck sei der, die ausgewucherten und ausgebeuteten Volkskreise zu vertheidigen. In Bezug auf den Invalidenfonds möchte ich doch bemerken, daß bereits

eine Monate nach dem Erlass des Gesetzes über den Reichsinvalidenfonds ein deutsches Blatt meldete, es seien schon Papiere für denselben angekauft worden. Es haben also vorher Verhandlungen hinter den Kulissen stattgefunden. Die Landeshaften würden es gern gesehen haben, wenn man ihre Papiere belebt hätte. Bevor ich meine Akten der Kommission überreiche, hat Niemand das Recht, sie einzusehen. (Gelächter, Ruf: Das wird ja immer schöner.) Trotzdem haben Herren von der Linken die Akten eingeschaut, besonders Herr Richter, und Auszüge in die Zeitungen gebracht. (Unruhe.) Es ist allerdings schlimm, wenn etwas, was im Hause niedergelegt wird, nicht sicher ist. (Lärm.)

Bizepräsident Graf Ballestrem: Die Akten waren Eigentum des Hauses in dem Augenblick, wo der Antrag übergeben war (Bustimme), denn derselbe beruft sich auf übergebene Akten. (Bustimme.)

Abg. Ahlwardt (fortfahren): Wenn ich sehe, welche Verleumdungen Herr Richter gegen mich verübt, muß ich allerdings wegen meiner Akten mißtrauisch werden. (Rufe: Zur Ordnung. Lärm.)

Bizepräsident Graf Ballestrem ruft den Redner zur Ordnung, weil er einem anderen Abgeordneten den Vorwurf der Verleumdung gemacht. (Beifall.)

Abg. Ahlwardt: Es ist doch eigenhändig, daß die Hannover-Altenbedener Bahn einen Umweg von einer Meile macht, bloß damit sie am Gute des Herrn v. Bemmigen vorüberfährt. (Großer Lärm, Rufe: Herunter! Nicht weiter reden! Verleumunder! Anhrende Schlußstrafe, Glocke des Präfektur!) Dann hat sich der Abg. Horwitz nicht entblödet, mir Unterschlagung von Weihnachtsgeldern vorzuwerfen. (Der Präsident ruft den Redner wegen des Ausdrucks "entblödet" zur Ordnung und macht ihn zugleich auf die Folgen des wiederholten Ordnungsruhs [Wortentzehrung] aufmerksam) Abg. Ahlwardt: Es ist traurig, mit welchen Waffen gegen mich gekämpft wird. Man möchte mir sogar geistige Umachtung impfen und höhnt darüber, daß ich gegen einen Entree von 20 Pg. in Versammlungen spreche. Versammlungen kosteten doch Geld. Ich kämpfe nur für meine Ideale. (Gelächter.) Mit gutem Gewissen trete ich all' Ihrem Hohn und Spott entgegen.

Präsident v. Lebeckow erklärt, daß er allerdings die Bemerkung, er könne mit Ahlwardt nur in Gegenwart von Zeugen verhandeln, nicht gethan, aber nach dem heutigen Auftreten Ahlwardts werde er künftig Vorsicht beobachten. (Bustimme.)

Finanzminister Dr. Miguel: Wenn der Verte der rumänischen Gesellschaft zu mir gekommen wäre mit Akten, die er zweifellos seiner Herrschaft gestohlen, dann hätte ich dem Manne einen Zugriff gegeben (Lebhafte Beifall), denn wer das nicht thut, der gibt sich selbst einen moralischen Zugriff. (Allgemeiner Beifall) Der Minister wiederholt nochmals, daß es sich bei der rumänischen Eisenbahn einfach um die Rettung des deutschen Kapitals gehandelt habe.

Staatssekretär Frhr. v. Matzahn gibt zu, daß vor Erlass des Reichsinvalidenfonds Papiere angekauft seien. Das sei einfach die Pflicht des Reichskanzlers gewesen, weil schon im Jahre 1871 der Bundesrat sich über die Gründung des Invalidenfonds schlüssig geworden sei.

Abg. v. Bemmigen erklärt, daß die von Ahlwardt ausgeschriebenen Verdächtigungen bereits früher einmal in einer Broschüre ausgesprochen worden seien. Damals habe er durch die Eisenbahn-Direktion in Hannover eine amtliche Verleumdung erlassen. Nur zur Belehrung des Herrn Ahlwardt und seiner Hintermänner wollte er nochmals konstatiren, daß der Umweg, den die Eisenbahn Hannover-Altenbergen mache, einfach auf Terrainschwierigkeiten zurückzuführen wären, da andernfalls ein kostspieliger Tunnel hätte angelegt werden müssen. Das Projekt der Bahn röhre übrigens auch aus althannöverischer Zeit her.

Abg. Dr. Sieber: Ein abholtendes Urteil wird sich erst fällen lassen, wenn die Kommission gesprochen. Wollten wir nur unserem persönlichen Empfinden über das heutige Auftreten Ahlwardts Ausdruck geben, so würden wir seinen Antrag kurz von der Hand weisen. Wir müssen aber dem angegriffenen Mitglied des Bundesrates und dem angegriffenen Mitgliedern des Hauses durch die Prüfung der Akten in der Kommission Gelegenheit geben, sich glänzend der Mit- und Nachwelt zu rechtfertigen. (Beifall.) Wir wollen aber auch durch die Kommissionsberatung kein Präjudiz schaffen, sondern nur der Absonderlichkeit des Falles Rechnung tragen. Hoffentlich kommt die Kommission zu einem Resultat, welches in den Kreisen aller besonnenen, rechtlichen und fiktiven Menschen den Ausspruch jenes französischen Staatsmannes in Erinnerung bringt: Häusen Sie nur das Maß Ihrer Verleumde. (Beifall.) Sie werden niemals das Maß unserer Verachtung erreichen. (Beifall.)

Abg. Frhr. v. Mantuwall meint, daß man die ganze Ahlwardtaffaire viel zu sehr aufgebaut habe. (Allseitige Bustimme.) Er sei aus dem von Vorredner entwickelten Gründen ebenfalls für kommissarische Beratung, doch müsse Ahlwardt vorher klipp und klar erklären, ob er auch sämtliche Aktenstücke der Kommission übergeben wolle. Es habe keinen Werth, wenn hinterher Ahlwardt erläutre, die besten Aktenstücke habe er noch. (Große Hinterkeit.) Nur falls diese Erklärung erfolge, werde seine Partei für die Kommissionsberatung stimmen.

Ein Schlussontrakt wird angenommen.

Zur Geschäftsausordnung beantragt Abg. Graf Ballestrem, der Präsident möge an den Abg. Ahlwardt die ausdrückliche Frage richten, ob er der Kommission sein ganzes Aktenmaterial vorlegen werde. (Geschieht.)

Abg. Ahlwardt: Ich kann auf diese Frage nur erklären, daß allerdings noch einige Akten rückständig sind. (Gelächter und Zwischenrufe.) Ich erkläre aber, daß in dem Augenblid, wo die Kommission zusammentritt, der Rest der Akten zur Stelle sein wird und zwar ohne Rückbehaltung irgend eines einzigen Aktenstückes. (Unruhe.)

Der Antrag Ahlwardt wird hierauf mit großer Majorität einer 21er Kommission überwiesen.

Ein Antrag auf Vertagung wird angenommen. Der Präsident schlägt vor, morgen den Nachtragsetat und den Gesetzentwurf betreffend die Abzahlungsgeschäfte auf die Tagesordnung zu setzen.

In einer Geschäftsausordnungsbemerkung bittet Graf v. Ballestrem den Präsidenten, morgen einen Schwerinstag abzuhalten und alle Anträge auf die Tagesordnung zu legen, welche einem Antrage, auf dessen Erledigung seine politischen Freunde großen Werth legten, vorangingen.

Staatssekretär v. Bötticher bittet, möglichst bald den Nachtragsetat für Chicago zu erledigen.

Schlechlich wird für morgen 11 Uhr die Tagesordnung folgendermaßen festgestellt: Nachtragsetat, Anträge betreffend das Wahlgesetz, Rechnungssachen. Schluss nach 1/6 Uhr.

steuer). Da die Abstimmung auch diesmal zweifelhaft bleibt, so erfolgt wiederum die Ausszählung des Hauses. Dieselbe ergibt die Annahme des Antrages mit 128 gegen 124 Stimmen. Dafür stimmen die Konservativen, ein Theil der Freikonservativen und des Zentrums, sowie einige wenige Nationalliberale. § 18 wird darauf mit diesem Zusage angenommen.

§ 19 zählt den von der Kommunalsteuer zu befreien den Grundbesitz auf.

Anträge von v. Acht (Btr.) wollen die Mägdebäuer und Dienststellenanstalten ebenfalls von der Steuerbefreiung ausnehmen.

Abg. v. Jagow (kons.): Die Kommission will die "öffentlichen" Krankenhäuser von der Steuerfreiheit ausnehmen. Es bleibt zweifelhaft, ob alle diejenigen Krankenhäuser steuerfrei sein sollen, die öffentlichen Interessen dienen, oder auch diejenigen, die allen offen stehen. Die Kommission hat nur die ersten Krankenhäuser gemeint. Das muß hier noch einmal klargestellt werden.

Abg. Sperlich (Btr.): Wenn alle öffentlichen Anstalten steuerfrei bleiben sollen, so muß das auch Anwendung finden auf die katholischen Kranken- und Mägdebäuer, auch wenn sie nicht Korporationsrechte haben. Die Thätigkeit dieser Anstalten erfüllt einen eminent sozialpolitischen Zweck und kommt der Gemeinde selbst zu gut.

Abg. Dr. Eneccerus (nl.): Die Kommission will die "öffentlichen" Krankenhäuser von der Steuerfreiheit ausnehmen. Es bleibt zweifelhaft, ob alle diejenigen Krankenhäuser steuerfrei sein sollen, die öffentlichen Interessen dienen, oder auch diejenigen, die allen offen stehen. Die Kommission hat nur die ersten Krankenhäuser gemeint. Das muß hier noch einmal klargestellt werden.

Abg. Boettinger (nl.): Wendet sich gegen die Steuerbefreiung der Besserungs-, Bewahr- und Gefängnisanstalten, da diese den Kommunen nicht nur keinen Vorteil, sondern auch Nachteil brächten in Folge der Entwertung der angrenzenden Grundstücke. Redner behält sich die Einbringung eines entsprechenden Antrages bis zur dritten Lesung vor.

Geh. Rath Fruiting: Im allgemeinen wünscht die Regierung nicht eine weitere Ausdehnung der Grundsteuerprivilegien über das bestehende Recht hinaus. Diesem Grundsatz entspricht § 19. Daher können wir den Antrag v. d. Acht nicht befürworten. Dagegen entspricht der Antrag des Abg. Eneccerus den Ansichten der Regierung.

Abg. Dr. Sattler (nl.): hält schon die von der Kommission beschlossenen Ausdehnungen der Steuerfreiheit für zu weitgehend. Anträgen, die diese Steuerfreiheit noch erweitern wollen, werde er entgegensetzen.

Abg. v. Jagow (kons.) tritt im Interesse der Frankeschen Stiftungen in Halle für die Befugnis der Gemeinden ein, noch weitere Privilegien einzuführen.

Auf eine Anfrage des Abg. Hansen (frk.) erwidert Geh. Rath Fruiting, daß die Wasserlösungsverbände Schleswig-Holsteins nicht auf dieselben Vorrechte Anspruch hätten, wie die Deichverbände, also nicht kommunalsteuerfrei seien.

§ 19 wird darauf mit dem Antrag v. d. Acht angenommen; die übrigen Anträge werden abgelehnt.

§ 20 bestimmt, daß den Gemeinden die Einführung besonderer Steuern vom Grundbesitz gestattet ist. Die Umlegung soll insbesondere erfolgen können nach dem Reinertrag, bezw. Nutzungswertes eines oder mehrerer Jahre, nach dem Kauf- bzw. Mietwert oder dem gemeinen Werthe der Grundstücke und Gebäude, nach den in der Gemeinde stattgefundenen Abstufungen des Grundbesitzes oder nach einer Verbindung mehrerer Maßstäbe.

Ein Antrag Dr. Meyer (dfr.) will die Zahl dieser Maßstäbe verringern, indem er die Umlegung nach dem Mietwertes streichen und den Nutzungswert für höchstens drei Jahre anrechnen will. Dagegen sollen, wo besondere Steuern vom Grundbesitz nach einem andern Maßstab bisher erhoben sind, dieselben beibehalten werden.

Abg. Christopherse (frk.) hält die Einschätzung lediglich nach dem Reinertrag für bedenklich, da der Reinertrag nicht immer den richtigen Werth ergebe.

Geh.-Rath Fruiting erklärt, daß ja nicht bloß nach dem Reinertrag eingeschätzt zu werden brauche.

Abg. Dr. Meyer (dfr.): Wenn zu viele Maßstäbe für die Einschätzung vorhanden sind, so können sich in der Gemeinde verschiedene Interessenspunkte geltend machen. Das halte ich für einen Nachteil. Das Kommunalsteuergesetz hat überhaupt den Nachteil, daß es nicht auf alle Fragen entschiedene Antwort giebt. Mein Antrag richtet sich dagegen, daß die Gemeinden in Zukunft in die Lage versetzt sein sollen, neue Steuerfindungen zu machen. Wo besondere Maßstäbe bestehen, da sollen sie geschont werden, aber eine neue allgemeine Einführung derselben ist überflüssig. Es sind auch so wenige Gemeinden daran interessiert, daß es sich nicht lohnt, derartige Bestimmungen in das Gesetz aufzunehmen. Ferner verlange ich die Wertberechnung nicht nach langen Zeiträumen, sondern in kurzen Zeiträumen, dadurch erst kann eine solche Einschätzung lebendig werden.

Abg. Gerlich (frk.): Man macht doch nicht etwas lebendig, indem man es in eine feste Form preist. Das aber thut Herr Meyer. Warum sollen Gemeinden verhindert werden, Steuern in einer Art zu erheben, die für sie am zweckmäßigsten ist? Darum werde ich gegen den Antrag Meyer stimmen.

Finanzminister Dr. Miguel: Der Staat hat kein Interesse daran, die Formen, in denen die Realsteuern in den Gemeinden erhoben werden, einzupressen. Es gibt große Gebiete, in denen die von der Kommission angeführten Maßstäbe bei der Berechnung angelegt werden. Der Antrag Meyer würde die vielfach verbreitete Umlegung nach Abstufungen des Grundbesitzes verhindern. Dazu liegt um so weniger Veranlassung vor, als in vielen Gemeinden das Wahlrecht von der Form der Steuerveranlassung abhängt. Wenn einmal musterhafte Einrichtungen der Kommunalsteuer geschaffen werden, so werden wir vielleicht gesetzliche Schranken aufrichten. Heute haben wir keine Veranlassung, burokratisch zu verfahren.

Abg. v. Buch (kons.): Wir sind Gegner der Schabloneisierung und deshalb auch des Antrages Meyer.

Abg. Meyer (dfr.): Mein Antrag schabloneiert nicht, denn er läßt besondere Maßstäbe da bestehen, wo sie bereits vorhanden sind. Ich will aber nicht die Regelgestaltung, die schon heute in allen unseren Verhältnissen herrscht, noch vermehren. Die Abschlagsarbeit ist so gering, daß sie ganz gut jährlich vorgenommen werden kann. Herr Gerlich möchte ich auf seinen Angriff mit dem Spruch Göthes antworten: Geprägte Form wird lebendig sich entwickeln. Wenn ein Organismus nach allen Seiten sich entwickelt, so kann er sich auch nach der unrechten Seite entwickeln, man sagt dann von dem Organismus: er ist bucklig, und ich möchte nicht, daß unser Steuermaterial bucklig wird. Je mehr Möglichkeiten der Berechnung man zuläßt, desto mehr leistet man Interessenstreitigkeiten innerhalb der Gemeinde Vorschub. Das will ich verhindern wissen.

Abg. Sombart (nl.) spricht sich gegen den Antrag Meyer aus, da in vielen Gemeinden das Wahlrecht von den Abstufungen des Grundbesitzes abhängt.

Der Antrag Meyer wird darauf abgelehnt und § 20 nach den Kommissionsbeschlüssen angenommen, ebenso § 21 (Regelrechte Grund- und Gebäudesteuer).

§ 22 bestimmt die Besteuerung von Liegenschafts-

Preußischer Landtag.

ten, welche durch Festsetzung von Baufachlinien einen höheren Werth erhalten, mittels besonderer Steuerordnung.

Ein hierzu vorliegender Antrag von Erffa u. Gen. (kons.) will die Besteuerung zu einem höheren Werth, ohne besondere Steuerordnung, nur wenn eine Strafe hergestellt ist.

Abg. v. Buch (kons.) befürwortet diesen Antrag: die bloße Baufachlinie gebe noch keinen höheren Werth, denn sie könne wieder aufgehoben oder geändert werden.

Abg. Frhr. v. Gedlik (frz.) ist gegen den Antrag. Schon die Baufachlinie macht das Grundstück zu einem Spekulationsobjekt, das sehr wohl eine Steuer erträgt.

Minister Miguel schlägt sich dieser Ausführung an, ebenso Abg. Dr. Meyer-Berlin (frz.). Letzterer beantragt noch eine präzisere Fassung, wonach nur der Mehrwerth des Grundstücks höher besteuert werden solle. Bis zur Fertigstellung der Straße sei die Spekulation längst beendet und das Grundstück vertheuert.

Der Antrag v. Erffa wird abgelehnt, der redaktionelle Antrag Dr. Meyer wird angenommen und mit demselben der § 22.

§ 23 zählt diejenigen Gewerbe auf, welche der gemeindlichen Gewerbesteuer unterliegen.

Ein Antrag v. Erffa (kons.) verlangt, die landwirtschaftlichen Brennereien in diesem § zu streichen.

Abg. v. Bockelberg (kons.) begründet diesen Antrag. Die Brennereien sind bereits mit einer hohen Reichsteuer belegt; sie verursachen den Gemeinden keine Lasten und dienen vielfach nur zur bequemen Futterbeschaffung für die Landwirtschaft. Es wäre ein bedenklicher Schritt, einen so wichtigen landwirtschaftlichen Betrieb doppelt zu besteuern. Wo die Brennerei selbstständig betrieben wird, unterliegt sie ohnehin der Gewerbesteuer.

Abg. Schreiber (frz.) befürwortet die Annahme einer von den Abgeordneten Dr. Sattler-Friedberg (natsl.) beantragten Resolution, die Regierung möge möglichst bald einen Gesetzentwurf zur Heranziehung des Haufirgewerbes zur Kommunalsteuer vorlegen.

Abg. Dr. Sattler (nl.) bekämpft den Antrag v. Erffa, befürwortet seine Resolution und beantragt, den Abzug der Vorlage, welcher den Haufirhandel ausdrücklich der Gemeindebesteuerung entzieht, zu streichen.

Abg. Dr. Meyer-Berlin (frz.) bekämpft die gegen den Haufirhandel gerichteten Anträge. Will man den Haufirhandel unterdrücken, so soll man ihn verbieten, aber nicht der Gemeindebesteuerung unterwerfen. Der Haufirer macht dem stehenden Gewerbetrieb wenig Konkurrenz; von den kommunalen Einrichtungen hat der Haufirer wenig Vorteile. Den Antrag v. Erffa bekämpft Redner.

Reg.-Kommissar Geh. Rath Büchting bittet ebenfalls, die Resolution Sattler abzulehnen, da es schwer sein würde, den gewünschten Gesetzentwurf herzustellen.

Abg. Cramer-Teltow (wildkons.) giebt zu, daß der Haufirhandel einen zu großen Umfang angenommen hat; Schuld daran ist aber vielfach die Sonntagsruhe; der Landmann gehe am Sonntag zur Stadt, finde alle Geschäfte geschlossen und kaufe dann von dem Haufirer, der später zu ihm ins Haus kommt. Zu Gunsten des Antrages v. Erffa kann man eine große Reihe von Argumenten anführen. Es wird schwer sein, die Brennereien zu fassen mit der Gewerbesteuer. Daß die Brenner beim Freifinn nicht belastet sind, ist erklärlich; sie sind kons. Leute; dagegen sind die Schnapschänker sehr beliebt, denn sie sind Fortschrittsler und Sozialdemokraten.

Abg. Dr. Meyer-Berlin (frz.) hält den ganzen Paragraphen für überflüssig und beantragt dessen Streichung.

Abg. v. Gädé (nl.) fragt, ob es zulässig sei, daß eine Gemeinde neben der Gewerbesteuer auch noch Zuschläge erhalten kann.

Geh.-Rath Möll bejaht diese Frage, ebenso Ministerpräsident Graf Eulenburg.

Die Abg. Dr. Meyer-Berlin und v. Haede finden die Aufführung überraschend, bisher habe wohl Niemand den § 24 dahin verstanden, daß neben der alten, früher staatlichen Gewerbesteuer, nur noch eine besondere Gewerbesteuer erhoben werden kann, zwei verschiedene Gewerbesteuern könne man doch nicht in einem Orte erheben. Das würde dazu führen, daß man einzelne Steuern für einzelne Gewerbetreibende besonders festlegt.

Reg.-Kommissar Geh.-Rath Möll erwidert, daß diese Auffassung nicht durch seine Anerkennung begründet sei.

Die Abg. Schaffner (nl.), Dr. Sattler (nl.) und Gise (frz.) sprechen für die Resolution Sattler-Friedberg.

Abg. v. d. Rostke (kons.) spricht für den Antrag v. Erffa.

Bei der Abstimmung wird der § 23 mit einer lediglich redaktionellen Änderung nach einem Antrage Frhr. v. Gedlik (frz.) nach den Beschlüssen der Kommission angenommen; auch die Resolution Sattler-Friedberg findet Annahme.

§ 24 bestimmt, daß den Gemeinden die Einführung besonderer Gewerbesteuern gestattet ist. Hierzu liegt vor ein Antrag Engels (frz.), wonach ein neuer präzisender Absatz dem angefügt werden soll. Der Antragsteller zieht indeß seinen Antrag als aussichtslos zurück. Der Antrag wollte neue Gewerbesteuern nur nach dem Verhältnis der bereits bestehenden älteren Gewerbesteuern zulassen.

Abg. Sperlich (frz.) hat gegen das gleichzeitige Bestehen zweier Gemeindebesteuern nichts einzutwenden, nur müßten dieselben durch eine Steuerordnung normirt sein.

Ministerpräsident Graf v. Eulenburg bestätigt, daß die Forderung durch die Besteuerungen der Vorlage genügt hat.

Die §§ 24, 24a werden genehmigt.

§ 25 bestimmt im Absatz 1, daß die in der Gewerbesteuerkasse IV veranlagten Betriebe von der Gewerbesteuer freigelassen, oder nach ermäßigten Sätzen veranlagt werden können.

Auf Antrag des Abg. v. Erffa wird dieser Absatz gestrichen und § 25 in der hierdurch bedingten Fassung genehmigt.

Wetterberatung Morgen (Mittwoch) 11 Uhr.

Schluss 4 Uhr.

Deutschland.

Berlin, 25. April. Es ist ekelhaft, sich mit einem Subjekt wie Ahlwardt immer wieder beschäftigen zu müssen, und nur das Eine kann über den Widerwillen hinweggehen, daß man ihm heute endgültig den politischen Tod tue. Ich kann nicht verstehen, was der Reichstag in der letzten Sitzung vor den Ferien an Ahlwardt nothgedrungen verübt hat, eine grausame Exekution, das hat er heute in demselben verschärften Maße wiederholt, in welchem Ahlwardt mit der absoluten Mächtigkeit seines armeligen Ichs die früheren Verleumdungen noch übertraf. Die „Altentücke“ sind denn also da, und Ahlwardt hat heute die reichliche und reichlich benutzte Gelegenheit gehabt, dem Reichstage aus einanderzuzeigen, was darin steht und was damit bewiesen werden soll. Er konnte sich über das Haus nicht beklagen; man hat ihn ganz ruhig angehört, schon weil man doch wirklich einmal erfahren wollte, ob nicht vielleicht doch ein Brüderchen von Wahrheit in dem Wuß von Albernherr und Lüge stecken mag, mit dem der Ahlwardt bisher hausten gegangen ist. Aus dem Bericht über die Sitzung kann der Leser erfahren, welche erstaunliche Null Ahlwardt ist. Dieser Mann versteht offenbar kein Wort von den schwierigen geschäftlichen Dingen, die er als Korruptionsmaterial gegen wer weiß was verwerthen möchte. Sogar wenn Alles das, was er heute vorbrachte, durchweg wahr wäre, sogar dann ließe sich nicht ein Schaden von der Anklage aufrecht erhalten, die er auf dies Ma-

terial stützen möchte, und zwar bezieht sich das keineswegs bloß auf die geschäftliche Unansehnlichkeit der damaligen Verhältnisse, sondern man darf ruhig das moralische Urtheil anrufen, überzeugt davon, daß alles von Ahlwardt Gerüchte auch vor strenger Moral bestehen könnte. Nun ist aber sogar wie nichts von den an und für sich nicht einmal belastenden Ahlwardtschen Behauptungen wahr. Der Finanzminister hat dem Manne, den er unter der Heiterkeit des Hauses einmal „den Angeklagten“ nannte, heimgesucht, wie es ihm gebührte, und man kann nicht sagen, daß er hierzu etwas besonderen Aufwandes von Scharfsinn und Überredungsgabe bedurft. Herr Miguel brauchte nur die Thatsachen selber sprechen zu lassen, unzweideutige. Ledermann kannte Thatsachen, um von den Ahlwardtschen Lügen keine Spur übrig zu lassen. Damit wäre das unvermeidliche Strafgericht hinlänglich vollzogen gewesen, wenn nicht Ahlwardt in seiner ungründlichen Beschränktheit durch maßlose Ausfälle sowohl Erbitterung auf allen Seiten des Hauses erregt hätte, daß die widerwärtige Notwendigkeit, ihn ein für alle Mal abzuthun, unabsehbar wurde. Es ist schwer, dem Draußenstehenden einen Begriff davon zu geben, wie dieser Mensch alle Empfindungen des Eels und des Abscheus auch in den ruhigsten Naturaen auslöst. So vornehme und peinlich korrekte Männer wie Herr v. Levezow, Graf Wallerstein, Herr v. Benninghausen gerathen in mühsam zurückgehaltenen Zorn, wenn sie sich mit einem Ahlwardt beschäftigen müssen. Wie Ahlwardt heute verbittertmaßen behandelt worden ist, so ist es seit dem Bestehen des Reichstages noch niemals einem Zweiten ergangen, und es hat derartiges auch niemals möglich werden können, weil eben die Voraussetzung fehlte, die Unwesenheit eines solchen Mannes. „Sie sind ein Lügner und Verleumder!“ rief der Abg. Richter dem Ahlwardt erneut das Zeugnis ausstellte, er habe eine infame und gewissenlose Lüge und Verleumdung ausgesprochen, rügte der Präsident nur das Wort „insam“ und auf die wiederholte Erklärung Richters, er habe mit solchen Worten einen Menschen brandmarken müssen, der sich „erfreut“, zu lügen und zu verleumden, gab es wiederum keinen Ordnungsruf. Wohlgemerkt aber, der Reichstag billigte vollkommen diese unerhört scharfe negative Zensur des allverehrten Präsidenten über ein Mitglied dieser Sorte. Weiter: Der Abg. Richter erklärte, der Reichstag müsse ein für alle Mal fertig werden „mit diesem Menschen“, der alle anständigen Leute mit moralischem Ekel erfülle. Stürmischer Beifall von allen Seiten des Hauses folgte diesen Worten, nicht aber folgte ihnen ein Ordnungsruf. Waren diese Vorgänge noch einer Steigerung fähig, so kam sie, als Ahlwardt die Unverschämtheit hatte, zu seinen anfänglichen Verleumdungen des Herrn v. Benninghausen wegen der Hannover-Altenbekener Bahn trotz der vornehmen und unbedingt überzeugenden Widerlegung durch den nationalliberalen Führer eine zweite noch frechere Verleumdung hinzuzufügen. An diesem Punkte rief die Geduld des Reichstages, und wohl fünf Minuten hindurch verlor sich jedes Wort des Ahlwardt in den erbittertesten Rufen wie „Schuft“, „Schurke“, „herunter von der Tribune“, „hinaus mit ihm!“ und wiederum: „Schuft!“ „herunter mit ihm!“ Es gab dabei kein Glotzenzeichen, keine Unterbrechung dieser Proteste. Alle Rücksichten, wie sie Ueberlieferung und Korrektheit sonst geboten, traten in diesem Augenblick zurück hinter den Ausbruch eines elementaren Gefühls der Entrüstung. Die eiserne Stirn eines Ahlwardt gehört dazu, um sich gegenüber solchen Urtheilsprüchen stiftlicher Empörung zu behaupten. Er hat diese Stirn, und so empfindet er wahrscheinlich nicht einmal, wie der Reichstag mit ihm versöhrt. Wann hat man je erlebt, daß ein Abgeordneter sich vom Präsidenten in öffentlicher Sitzung sagen lassen muß, er, der Präsident, werde mit ihm nicht mehr präzisieren! Wann hat man je gehört, daß ein Parteiführer wie der Frhr. v. Manteuffel einen Abgeordneten förmlich zwinge, aus den Schlüsselwörtern seiner Dummschlaubett herauszukommen! Ahlwardt läßt das alles über sich ergehen, schüttelt sich wie eine noch gewordene Kaze und bleibt derselbe, der er war, eine psychologische Monstrosität, die nebenbei mit dem Stempel der Langweiligkeit behaftet ist, sodaß man sich mit diesem Manne keinen Augenblick beschäftigen würde, wenn ihn nicht beehrte Wähler in den Reichstag geschildert hätten. Es gibt ein wertvolles Zeichen dafür, wie völlig unten durch dieser Mensch ist. Der Abg. Stöcker, der in der letzten Sitzung vor den Ferien noch für Ahlwardt eingesprungen, hat es heute nicht mehr gewagt, die risikante Hifseleitung zu bringen. Man muß Stöcker kennen, um zu ermessen, in welches Licht ein Ahlwardt hernach zu rücken ist.

den ersten König von Sardinien, dargestellt vom Grafen von Turin. In der vierten Gruppe stellte der Prinz von Neapel den Großmeister des Annunziatenordens dar. Der Glanz der Kostüme und die vorzüglich gelungenen Evolutionen riefen den stürmischen Beifall des Publikums hervor, besonders der Prinz von Neapel, in dessen Gefolge die Nationalfahne getragen wurde, wurde mit jubelnden Zurufen begrüßt. Den Glanzpunkt des Turniers bildete ein vierarmiger Stern, von 32 Rittern zusammen gestellt. Zum Schluss gruppirten sich die 450 Theilnehmer an dem Turner und riefen jubelnd: Eviva Savoia! Um 5½ Uhr war das Turnier beendet. Auf der Rückfahrt des Königspaares mit seinen Gästen zum Quirinal ritten der Prinz von Neapel, der Herzog von Aosta, der Graf von Turin und der Herzog der Abruzzen zur Seite der Wagen, in welchem der Kaiser mit dem König Humbert und die Kaiserin mit der Königin Margherita saßen. Hinter den Wagen ritten in prächtigem Bilde sämtliche Theilnehmer an dem Turner in ihren Kostümen. Die Menschenmenge war so dicht, daß der Zug nur im Schritt vorwärts kam. Gegen 7 Uhr trafen die Massen wieder im Quirinal ein.

Lokales.

Posen, 26. April.

* Zentralisation der Wohltätigkeitsvereine. Heute Abend findet in der Aula der städtischen Mittelschule, Raumstraße, eine Versammlung von Vertretern der bislang Wohltätigkeitsvereine statt. Es handelt sich um die Abdankung einer zweckmäßigen Zentralisation. Es werden außer der städtischen Armen-Verwaltung mehr als 40 Corporationen aller Konfessionen und Nationalitäten vertreten sein.

Telegraphische Nachrichten.

Petersburg, 25. April. Nach einer Meldung aus Wladivostok hatten sich daselbst zum Empfang eines aus Odessa anlangenden Dampfers zahlreiche Personen, unter ihnen der Hafenskommandant, auch viele Damen, insgesamt 80 Personen, auf dem Dampfer versammelt, als dieser plötzlich einbrach und die auf demselben zusammengedrängten Personen in das an jener Stelle etwa 1 Faden tiefe Meer stürzten. Es gelang fast alle Verunglückten zu retten.

Nischny-Novgorod, 25. April. Der Eisgang auf dem Oka-Flusse hat große Verheerungen unter den Schiffen angerichtet, welche dort am Dual überwinteren. Siebzig Flussfahrzeuge verschiedener Größe sind vom Eis stark beschädigt, vierzig derselben sind gesunken. Vierzehn Fahrzeuge hat das Eis mit fortgerissen, auch drei Dampfer sind schwer beschädigt worden. Ein Verlust an Menschen ist nicht zu beklagen, der materielle Schaden ist aber sehr groß.

Wien, 25. April. Der russische Minister des Auswärtigen, v. Giers, ist heute wieder nach Petersburg abgereist.

Paris, 25. April. Die erste Sitzung der Deputiertenkammer nach der Vergangung war zahlreich besucht. Die Berathung über das Genossenschaftsgesetz wurde ohne Zwischenfall begonnen und nach Annahme einiger Paragraphen des Gesetzes die Sitzung aufgehoben.

London, 25. April. Der Parlamentssekretär des Kolonialamtes, Buxton, erklärte im Unterhause, die Konferenz zwischen dem Gouverneur von Capstadt, Sir H. B. V. Koch und dem Präsidenten Krüger habe keinen Erfolg, sondern nach Ansicht von Sir H. B. Koch einen Erfolg gezeigt; ihre Diskussion habe zu einem befriedigenden Ende geführt. Ein ausführlicher Bericht dessen, was vorgefallen sei, befindet sich bereits unterwegs; er hoffe, bald die Schriftstücke über die gesamte Frage vorlegen zu können.

Hull, 25. April. Die ausständigen Arbeiter weigerten sich gegen einen Stundenlohn von einem Schilling das auf der Brandstätte noch lagernde unversehrte Holz in Sicherheit zu bringen und verstanden sich auch dann nicht dazu, als ihnen 7½ bis 10 Schilling pro Stunde geboten wurden.

Hull, 26. April. Die Behörden erhielten Kenntnis von einem Komplott der Streikenden, welche einen Eisenbahnzug vor dem Syndikate nicht angehörender Arbeiter in die Luft sprengen wollten. Diese ungeheure Absicht der Streikenden konnte noch rechtzeitig verhindert werden. Ebenso wurde die Absicht der Streikenden, die Hafenslager in Brand zu setzen, verhindert.

Statt jeder besonderen Meldung.

Heute entschließt sanft unser lieber Gatte und Vater, der Realgymnasiallehrer a. D.

Adolf Knothe

im 73. Lebensjahr.

Posen, den 25. April 1893.

Die Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet Freitag Nachmittag 4 Uhr, vom Trauerhause Bouskensstraße 6, aus statt.

Meteorologische Beobachtungen an Posen im April 1893.

Datum	Barometer auf 0 Gr. reduz. in mm:	Wind S. und. 66 m Seehöhe.	Wetter v. Gr.	Tem.
25. Nachm. 2	757,6	N NO mäßig	heiter	+10,0
25. Abends 9	757,6	N schwach	heiter	+ 6,8
26. Morgs. 7	761,4	N schwach	bedeckt	+ 5,4
Am 25. April	Wärme-Maximum + 12,4° Cels.			
Am 25.	Wärme-Minimum - 3,0°			

Produkten- und Börsenberichte.

Produkten-Kurse.

Königsberg, 25. April. Getreidemarkt. Weizen unveränd., Roggen steigend, loko p. 2000 Pfd. Zollgewicht 123–124. Gerste unveränd. Hafer beibt, loko per 2000 Pfd. Zollgewicht 132–138. Weizen Erben per 2000 Pfd. Zollgewicht 127. Spiritus per 100 Liter 100 Proz. loko 24%, per April 24%, per Mai 24%. — Wetter: heiter, kälter.

Hamburg, 25. April. Getreidemarkt. Weizen loka fest, holsteinischer loko neuer 156–159 — Roggen loka fest, medlen. loko neuer 134–136, zufüller loko fest, transito 103. — Hafer fest. — Gerste fest. — Rübel (unverzollt) fest, loko 52%, now.

Spiritus loto still, per April-Mai 23^{1/2} Br., per Juni-Juli 23^{1/2} Br., per Juli-August 24^{1/2} Br., per August-Septbr. 25^{1/2} Br. — Kaffee — Umsatz — Sad. Petroleum loto ruhig, Standard white loto 5,20 Br., per August-Dezember 5,30 Br. — Wetter: Brachvoll.

Hamburg, 25. April. Kaffee. (Schlussbericht). Good average Santos per Mai 74^{1/2}, per Septbr. 74^{1/2}, per Dez. 74, per März 73^{1/2}. Behauptet.

Hamburg, 25. April. Böckermarkt. (Schlussbericht.) Rübenerzünder I. Produkt Basis 88 pCt. Rendement neue Usance, frei an Bord Hamburg per Mai 16,82, per August 17,17, per Okt.-Dez. 14,02, per Jan.-März 14,10. Ruhig.

Bett, 25. April. Produktenmarkt. Weizen ruhig, per Frühjahr 7,79 Gd., 7,81 Br., per Mai-Juni 7,79 Gd., 7,81 Br., per Herbst 8,09 Gd., 8,11 Br. Hofer p. Frühjahr 6,07 Gd., 6,09 Br., per Herbst 6,05 Gd., 6,10 Br. Mais per Mai-Juni 4,71 Gd., 4,71 Br., per Juli-August 4,91 Gd., 4,92 Br. Kohlraps per August-September 14^{1/2} Gd., 14^{1/2} Br. — Wetter: Kalt.

Paris, 25. April. Getreidemarkt. (Schlussbericht.) Weizen matt, p. April 20,90, p. Mai 21,10, p. Mai-August 21,40, p. September-Dez. 22,30. — Roggen matt, per April 14,30, per Septbr.-Dezbr. 15,00. — Mehl matt, per April 46,10, per Mai 46,50, per Mai-August 47,20, per Septbr.-Dezbr. 49,20. — Rübböl matt, per April 60,25, per Mai 60,50, per Mai-August 61,25, per Septbr.-Dezbr. 62,75. — Spiritus matt, per April 48,50, per Mai 48,75, per Mai-August 48,75, per Septbr.-Dez. 44,00. — Wetter: Warm.

Paris, 25. April. (Schluss.) Rübenerzünder ruhig, 88 Proz. loto 44,00. Weizenerzünder matt, Nr. 3, per 100 Kilogramm per April 46,75, per Mai 46,87^{1/2}, per Mai-August 47,25, per Okt.-Dez. 39,12^{1/2}.

Gavre, 25. April. (Telegr. der Hamb. Firma Beimann Siegler u. Co.) Kaffee in Newyork schloß mit 55 Points Haupfe.

Ru 8 000 Sad. Santos 12 000 Sad. Rezettes für 2 Tage.

Gavre, 25 April. (Telegr. der Hamb. Firma Beimann Siegler u. Co.) Kaffee, good average Santos, p. April 90,00, per Mai 89,50, p. Sept. 89,75. Behauptet.

Amsterdam, 25. April. Getreidemarkt. Weizen per Mai 178, per November 185. — Roggen per Mai 138, per Oktober 137.

Amsterdam, 25. April. Java-Kaffee good ordinary 50^{1/2}.

Amsterdam, 25. April. Pancasizim 55^{1/2}.

Antwerpen, 25. April. (Telegr. der Herren Willems und Co.) Wolle. La Blata-Bug. Type B., Mai 4,67^{1/2}, August 4,85, Dezbr. 4,95 Käufer.

Antwerpen, 25. April. Petroleummarkt. (Schlussbericht.) Raffiniertes Type weiß loto 12^{1/2} bez., 12^{1/2} Br., per April 12^{1/2} Br., per Mai-Juni 12^{1/2} Br., per Septbr.-Dezbr. 13 Br. Fest.

Antwerpen, 25. April. Getreidemarkt. Weizen fest. Roggen behpt. Hafer behauptet. Gerste behauptet.

Petersburg, 25. April. Produktenmarkt. Talg loto 59,00, per August —, Weizen loto 11,25, Roggen loto 8,50, Hafer loto 4,90, Hanf loto 44,00, Leinsaat loto 14,75. — Wetter: Kalt.

London, 25. April. Chilli-Kupfer 44^{1/2}, p. 3 Monat 44^{1/2}.

London, 25. April. 96 pCt. Javazucker loto 17^{1/2} ruhig, Rübenerzünder loto 16^{1/2} ruhig.

London, 25. April. An der Küste 4 Weizenladungen angeboten. Wetter: Heiter.

Glasgow, 25. April. Robessens. (Schluss.) Mixed numbers warrants 40 fb. 8 d.

Liverpool, 25. April. Nachm. 12 Uhr 50 Min. Baumwolle. Umsatz 5000 Ball., davon für Spekulation u. Export 500 Ballen. Amerikaner fester, Surats träge.

Weld. amerit. Lieferungen: April-Mai 4^{1/2}%, Verkäuferpreis, Juni-Juli 4^{1/2} do., August-September 4^{1/2} do., Okt-Novbr. 4^{1/2} do. Käuferpreis.

Liverpool, 25. April. Getreidemarkt. Weizen 1^{1/2}, d. höher, Mehl und Mais stetig. — Wetter: Schön.

Hull, 25. April. Getreidemarkt. Weizen ruhig, aber fester.

— Wetter: Schön.

Newyork, 25. April. Weizen-Lieferungen der letzten Woche von den atlantischen Häfen der Vereinigten Staaten nach Großbritannien 64 000, do. nach Frankreich 34 000, do. nach anderen Häfen des Kontinents 75 000, do. von Kalifornien u. Oregon nach Großbritannien 45 000 do., nach anderen Häfen des Kontinents — Orts.

Newyork, 24. April. Visible Supply an Weizen 74 871 000 Bushels, do. an Mais 12 329 000 Bushels.

Newyork, 24. April. Waarenbericht. Baumwolle in New-York 7^{1/2}, do. in New-Orleans 7^{1/2}. — Kaffee. Petroleum Standard white in New-York 5,45, do. Standard white in Philadelphia 5,40 Gd. Rothes Petroleum in New-York 5,20, do. Pipeline Certificates, per Mai 68^{1/2}, Matt. Schmalz loto 10,30 do. Rothe u. Brothers 10,65 Zuder (Fair refining Muscovad.) 3^{1/2}. Mais (New) p. April 49^{1/2}, v. Mai 49^{1/2}, v. Juli 50^{1/2}. Rothes Winterweizen loto 77^{1/2}. Kaffee Rio Nr. 7, 15^{1/2}. Mehl (Spring clear) 2,40. Getreidefracht 1^{1/2}. — Kupfer 11,25 nom. Rothes Weizen per April 75^{1/2}, per Mai 76^{1/2}, per Juli 78^{1/2}, per August 80. Kaffee Nr. 7 long ord. v. Mai 14,55, v. Juli 14,50.

Chicago, 24. April. Weizen per April 72, per Mai 72^{1/2}. Mais per April 41^{1/2}. — Sped short clear 10,25. Porc per April 17,40.

Newyork, 25. April. Weizen pr. April 75^{1/2} C., pr. Mai 75^{1/2} C.

Berlin, 26. April. Wetter: Brachvoll.

Fonds- und Aktien-Börse.

Berlin, 25. April. Die heutige Börse eröffnete in unentschledener Haltung und mit zumeist wenig veränderten, zum Theil etwas besseren Kursen auf spekulativem Gebiet. Die von den fremden Börsenplätzen vorliegenden Tendenzmeldungen lauteten nicht gerade ungünstig, boten aber geistästliche Anregung in keiner Beziehung dar. — Hier entwickelte sich das Geschäft im allgemeinen ruhig und nur vereinzelt gingen Ultimowertthe zeitweise etwas lebhafter um. Im Verlaufe des Verkehrs schwächte sich die Haltung bei mangelnder Kauflust weiter ab und der Börsenschluß blieb schwach. — Der Kapitalmarkt wies ziemlich feste Haltung für heimische solide Anlagen auf bei mäßigen Umläufen; Deutsche Reichs- und Preußische Konz. Anleihen wenig verändert. — Fremde festen Bins tragende Papiere konnten ihren Wertehalt zumeist ziemlich behaupten; Italiener fester, auch Russische Anleihen und Rubelnoten fest. — Der Privatdiskont wurde mit 2^{1/2} Prozent notirt. — Auf internationalem Gebiet stellten sich Österreichische Kreditaktien fester, auch Lombarden etwas besser, andere österreichische Bahnen behauptet und ruhig; Schweizerische Bahnen sehr ruhig und wenig verändert. — Inländische Eisenbahnaktien waren fester, besonders Lübeck-Büchen, Marienburg-Mlawka und Ostpreußische Südbahn etwas besser. — Bankaktien ziemlich fest: Diskonto-Kommandit-, Berliner Handelsgesellschafts-Anteile und Aktien der deutschen Bank etwas besser aber ruhig. — Industriepapiere zumeist ziemlich behauptet aber ruhig; Montanwerthe schwach, besonders Kohlenaktien.

Produkten - Börse.

Berlin, 25. April. In Newyork gab gestern der Preis für Weizen um 1^{1/2} C. nach, auch Paris schloß schwächer, und aus West wird von heute ein Preisrückgang um 5 Br. und unbeständiges Wetter gemeldet. Die heutige Getreidebörsé setzte in Folge dessen bei ziemlich lebhaften Umläufen billiger ein, befestigte sich aber später, als die Andauer des Ostwindes die Aussichten auf Regen verhinderte. Weizen und Roggen, welche anfänglich etwa 1^{1/2} Mark billiger abgegeben wurden, überstiegen später die gestrigen Schlusspreise um etwa ebenso viel. Hafer war bei ruhigem Geschäft in fester Haltung. Mais wurde höher bezahlt, da die Forderungen von der Donau erhöht wurden. Roggenmehl bei etwas lebhafterem Geschäft in fester Haltung. Rübböl etwas billiger. Spiritus bei stillem Geschäft in fester Haltung, aber für Vorfahrtwaare wie Termine wenig verändert. — Zum Schluss

des offiziellen Verkehrs war die Tendenz des Getreidemarktes fest und steigend.

Weizen (mit Ausschluß von Rauhweizen) per 1000 Kilogr. 159 M. Loko 154-164 M. nach Qualität. Lieferungsqualität 159 M., ver diesen Monat — M., per April-Mai und per Mai-Juni 158,75-159,75 bez., per Juni-Juli 160,5-160,25 bis 161,5 bez., per Juli-August 162,25-162,25 bez., per August-Septbr. —, per Sept.-Okt. 164,5-164,25-165,5 M. bez.

Roggen per 1000 Kilogramm Loko fester. Termine steigend. Gefündigt 400 Tonnen. Rundigungspreis 139 M. Loko 130-139 M. nach Qual. Lieferungsqualität 137 M., tuind, guter 136 bis 137 ab Bahn bez., ver diesen Monat — M., per April-Mai — per Mai-Juni 139,5-139-141 bez., per Juni-Juli 141,5 bis 141 bis 143 bez., per Juli-August 143,5-143-144,75 bez., per August-Sept. —, per Sept.-Okt. 146,75-146-148,5 bez.

Gerste per 1000 Kilo. Still. Große und kleine 138-175, Futtergerste 115-135 M. nach Qualität.

Hafer per 1000 Kiloar. Loko nur keine Ware behauptet. Termine höher. Gefündigt 150 Tonnen. Rundigungspreis 145 M. Loko 144 bis 160 M. nach Qualität. Lieferungsqualität 145 M. Pommerscher und preußischer mittel bis guter 144-149 M. bez., feiner 150 bis 153 bez., schlechter mittel bis guter 144 bis 149 bez., feiner 150 bis 154 bez., per diesen Monat — M., per April-Mai 144,75 bis 145,5 bez., per Mai-Juni 145-145,5 bez., der Juni-Juli 145,5 bis 146 bez., per Juli-August 142,5-143 bez., per August-Sept. — bez., per Sept.-Okt. 140,5-140,25-141 bez.

Watts per 1000 Kilogramm. Loko fest. Termine steigend.

Gefündigt 150 Tonnen. Rundigungspreis 112,5 M. Loko 120 bis 130 M. nach Qualität, per diesen Monat —, per April-Mai — per Mai-Juni 110,25-111,5 M. bez., per Juni-Juli 110,25 bis 111,5 M. bez., per Juli-August 111-112 M. bez., per Sept.-Okt. 113,5-114,25 bez.

Erbsen per 1000 Kiloar. Kochware 160-205 M. nach Dual. Futterwaare 135-146 M. nach Dual.

Roggenmehl Nr. 0 und 1 per 100 Kilo brutto inkl. Sad. Termine fest und höher. Gel. 250 Sad. Rundigungspreis 18,10 M. per diesen Monat 18,05-18,25 bez., per April-Mai 18,05-18,25 bez., per Mai-Juni 18,15-18,35 bez., per Juni-Juli 18,30-18,55 bez., per Juli-August —, per Aug.-Sept. —.

Trockene Kartoffelstärke p. 100 Kilo brutto inkl. Sad. per diesen Monat 19,00 Br. — Feuchte Kartoffelstärke p. 100 Kilo brutto inkl. Sad. per diesen Monat 10,40 M.

Kartoffelmehl per 100 Kilo brutto inkl. Sad. per diesen Monat 19,00 M. Br.

Rübböl per 100 Kilogramm mit Fas. Schwankend. Gel. — Str. Rundigungspreis — M. Loko mit Fas. — M. ohne Fas. — per diesen Monat 50,5 bez., per April-Mai 50,5 M. bez., per Mai-Juni 50,8 M. bez., per Juni-Juli — bez., per Juli-August — bez., per August-September —, per Sept.-Okt. 52,7-52,2-52,6 bez., per Okt.-Nov. 53-52,7-52,8 Mark bez.

Betrolu m ohne Handel. Spiritus mit 50 M. Verbrauchsabgabe per 100 Liter à 100 Proz. = 10 000 Proz. nach Tralles. Gefündigt — Str. Rundigungspreis —. Loco ohne Fas. 56 bez.

Spiritus mit 70 M. Verbrauchsabgabe per 100 Liter à 100 Proz. = 10,000 Proz. nach Tralles. Gefündigt — Liter. Rundigungspreis —. Loco ohne Fas. 36,3 bez.

Spiritus mit 50 M. Verbrauchsabgabe. Ohne Handel.

Spiritus mit 70 M. Verbrauchsabgabe. Sttl. Gefündigt 100 000 Liter. Rundigungspreis 35 M. Loko mit Fas. —, ver diesen Monat, per April-Mai und per Mai-Juni 35-35,3-35,2 bez., per Juni-Juli —, per Juli-August —, per August-Sept. 36,7-36,5-36,7 bez.

Weizenmehl Nr. 0 21,75-19,75 bez., Nr. 0 19,5-17,5 bez. Feine Marken über Notiz bezahlt.

Roggenmehl Nr. 0 u. 1 18,5-17,5 bez., do. keine Marken Nr. 0 u. 1 19,5-18,5 bez., Nr. 0 1,5 M. höher als Nr. 0 u. 1 p. 100 Kilogr. br. incl. Sad.

Feste Umrechnung: 1 Livre Sterling = 20 M. | Doll = 4^{1/2} S. M. 100 Rub = 320 M. | 4 Gulden österr. 2 M. | 7 Gulden südd. W. = 12 M. | 4 Gulden hell. W. | 4 M. 70 Pf. | 1 France oder 1 Lira oder 1 Peseta = 80 P.

Bank-Diskonto wechs.v. 25. April.	Brnsch. 20.T.L.	—	104,70 B.	Schw. Hyp.-Pf.	4 ^{1/2}	102,60 B.	Wrsch.-Teres.	5	102,50 G.	Baltische gar...	5	100,40 bz	Wrsch.-Grajewoar.	5	98,90 G.	Gr.Russ. Eis. g.	3	102,00 G.	Pr.Hyp.-B.I.(rz.120)	4 ^{1/2}	Bauges. Humb...	5 ^{1/2}
Amsterdam... 23 ^{1/2}	8 T.	168,65 G.	134,50 be	Serb.Gld-Pfd.	5	89,50 G.	do.	Rente	5	79,50 bz G.	do.	div.Ser.(rz.100)	4 ^{1/2}	101,40 G.	Ivang.-Dombr.	4 ^{1/2}	104,10 G.	do.	div.Ser.(rz.100)</			